

PE – 341 Wörter – **Sperrfrist:** Freigabe nach Zustellung der Beschlussempfehlung an Fraktionen

### **Petition zu illegaler Migration im Bundestag**

Die Bundestagsfraktionen sind vom Petitionsausschuss aufgefordert worden, sich mit der sozialen Notlage illegaler Migranten in Deutschland zu befassen. Sie bedürfe der parlamentarischen Erörterung, um nach einem Konsens für Lösungsmöglichkeiten zu suchen und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Vorrangig soll es um die medizinische Notfallversorgung und um Beratung unter Wahrung der Anonymität gehen.

Mit dieser Empfehlung unterstützt der Petitionsausschuss das Anliegen einer vor neun Jahren, am 26. November 2000, von Vertretern aus Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Wissenschaft eingereichten Petition. Sie hatte auf die soziale Lage illegaler Migranten aufmerksam gemacht und Schritte zu deren Verbesserung vorgeschlagen. Einer der Unterzeichner ist der Migrationsforscher und heutige Vorsitzende des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), Prof. Dr. Klaus J. Bade. „Das Thema konnte lange Zeit politisch nur hinter vorgehaltener Hand angesprochen werden“, erklärte Bade. „Dank der Petition hat sich der Bundestag über drei Legislaturperioden hinweg in verschiedenen Ausschüssen mit den humanitären und sozialen Problemen illegaler Migranten beschäftigt. Sie sind damit als politisches Thema akzeptiert. Das wollten wir erreichen.“

Die Unterzeichner erwarten, dass in der nächsten Legislaturperiode konkrete Schritte zur Verbesserung der sozialen Lage illegaler Einwanderer unternommen werden. Unterstützer der Petition, wie etwa der Vorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof Dr. Josef Voß, verweisen auf bereits vorliegende Konzepte, um die Menschenrechte illegaler Migranten zu sichern: „Wir hoffen sehr, dass die in der Diskussion erreichten Fortschritte nun zureichende Handlungsperspektiven eröffnen. Zur effektiven Umsetzung von Hilfsmaßnahmen ist eine staatliche Rahmensetzung unabdingbar.“

In Deutschland werden Modelle für die Gesundheitsversorgung illegaler Einwanderer aktuell in Berlin, Bremen und Hamburg beraten. Die im Bundestag vertretenen Fraktionen sind zudem parteiübergreifend mit Innenminister Schäuble darin einig, dass der Schulbesuch für Kinder ohne Aufenthaltsstatus ermöglicht werden soll und haben eine entsprechende Gesetzesinitiative angekündigt. Da Schulbesuch aber letztlich Ländersache ist, sind auch die Bundesländer hier gefordert. Der Sachverständigenrat arbeitet an einer Bestandsaufnahme über die beträchtlichen Unterschiede in den Lebensbedingungen von illegalen Migranten in den einzelnen Bundesländern.

Bei Rückfragen in den Angelegenheit der Petition an Weihbischof Dr. Josef Voß wenden Sie sich bitte an Ulrich Pöner, Deutsche Bischofskonferenz (Tel: 0228/103259, [u.poener@dbk.de](mailto:u.poener@dbk.de))